

Wohnen : eine sozialpolitische Baustelle

Autor(en): **Michel, Thomas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **115 (2018)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839860>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wohnen – eine sozialpolitische Baustelle

- Ein Perspektivenwechsel: In der wirtschaftlichen Sozialhilfe fliessen 40 Prozent in den Grundbedarf, wovon vor allem der Detailhandel und die Infrastrukturanbieter profitieren. Weitere 15 Prozent gehen an Krankenkassen, Spitäler, Ärzte und den Pharma-Bereich, für die damit das Verlustrisiko wegfällt. Noch einmal 15 Prozent gehen an Heime, Schulen, Optiker, Zahnärzte, Vereine und so weiter sowie an situationsbedingte Leistungen. Die verbleibenden 30 Prozent gehen an die Vermieterinnen und Vermieter, die durch die Finanzierungssicherheit einen Anreiz haben, auch armutsgefährdete Menschen mit Wohnraum zu versorgen.

Bei 2, 6 Milliarden Franken Sozialhilfe jährlich ergibt dies rund 900 Millionen Franken Steuergelder, die an Vermieter in der ganzen Schweiz gehen. Ein schöner Batzen für ein grosses Engagement. So weit, so gut und toll, dass dieses System bis heute an den meisten Orten recht gut funktioniert. Die Wohnversorgung, der Wohnbedarf

und die Wohnkosten entwickeln sich nicht parallel. Finanzbranche und Pensionskassen suchen gewinnoptimierte Investitionsmöglichkeiten; Minimalmieten und kleine Wohnungen gehören bis heute nicht zum favorisierten Investitionsvolumen. Die Sozialhilfe und alle Menschen in prekären Lebenssituationen sind aber auf günstigen und ihrer Lebenssituation angemessenen Wohnraum angewiesen. Über die Hälfte sind Einzelpersonen. Doch kleine Wohnungen sind – gerade in den Ballungsräumen und verteilt auf Quartiere und Gemeinden – Mangelware. Auch die Kostenentwicklung ist problematisch, was politisch via Sozialhilfe lautstark kritisiert wird. Gegenüber den Kostentreibern gibt sich die Politik hilflos. Die Mieten steigen trotz Leerständen seit Jahren überproportional, genauso wie die Gesundheitskosten. Für die Sozialhilfe sowie für die Steuerzahlerinnen und -zahler ist es unabwendbar, diese Entwicklungen in Frage zu stellen. Die Wohnraumverknappung in vielen Ballungszentren sorgt für eine weitere Komponente.

In gefragten Wohngegenden gehen die Sozialhilfefzahlen zurück, während anderswo Ghettos drohen. Die Mietkosten steigen überproportional, und die Gemeinden müssen selbst in den sozialen Wohnungsbau investieren, um nicht von überrissenen Marktpreisen abhängig zu sein. Das sind politisch schwierige Prozesse, bei denen allzu oft die Direktbetroffenen die Leidtragenden sind – darunter viele Kinder in Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Fazit: Die Sozialhilfe tut gut daran, sich mit den Wohnkosten vertieft auseinanderzusetzen. Als sozialpolitisch spezialisierte Fachkräfte müssen auch die Verantwortlichen der Sozialversicherungen und Fachverbände ihren Anspruchsgruppen Möglichkeiten und Wege aufzeigen, wie mit der äusserst komplexen Thematik sinnvoll umgegangen werden kann. Noch stehen hier allzu oft politische Überlegungen ersten zaghaften Hilfen und Lösungsansätzen im Weg. Mein Ansatz: Was kostet es eigentlich, Träume wahr werden zu lassen? Mut. Einfach nur Mut.

Thomas Michel

Mitglied der SKOS-Geschäftsleitung und Leiter der Abteilung Soziales in Biel/Bienne

